

## NACHGEFRAGT

## „Eine EU-Steuer wäre besser“

**Herr Lange, wie bewerten Sie das Scheitern der Haushaltsverhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat?**

Der Rat ist inzwischen völlig unbeweglich. Das Scheitern ist ein schlechtes Signal insgesamt für Europa. In vielen Mitgliedsstaaten wird das Thema EU immer weiter zurückgedrängt. Das ist alles sehr gefährlich.

**Aber hat das Parlament nicht auch sehr starrsinnig auf seinen Positionen zur EU-Steuer beharrt?**

Richtig ist: Parlament und EU-Kommission wollen die Einnahmeseite Brüssels verändern. Bisher bekommt Brüssel Zahlungen aus Zolleinnahmen, Teilen der Mehrwertsteuer und eben Beiträgen aus den Haushalten der Mitgliedsstaaten, dazu kommt noch die Sonderregelung mit dem Briten-Rabatt. Wir wollen eine EU-Steuer, damit dieses völlig intransparente Haushaltsgebaren zumindest teilweise durch Eigenmittel der EU ersetzt wird. Und noch ein Beispiel, wo der Rat gemauert hat: Im großen Agrartopf bleiben in jedem Jahr Milliarden übrig, die das Parlament umwidmen will in Forschungsausgaben oder die Förderung des Jugendaustausches. Die Finanzminister der Nationalstaaten wollen auch dieses Geld zurück, obwohl es für Europa eingeplant war. Nach dem Scheitern der Gespräche müssen wir



Bernd Lange,  
Abgeordneter  
der SPD

jetzt auf der Basis des Haushaltes 2010 weitermachen, das beeinträchtigt Projekte wie das Satellitensystem Galileo, den Forschungsreaktor Iter oder den Diplomatischen Dienst der EU.

**Müssen die Bürger nicht fürchten, durch eine EU-Steuer weiter geschöpft zu werden?**

Nein. Da soll nichts obendrauf kommen. Eine EU-Steuer würde nur die Einnahmen Europas unabhängiger und klarer machen. Man kann da an Anteile an der

Mehrwertsteuer oder eine Finanztransaktionssteuer denken. Wir wollten die EU-Steuer auch nicht von heute auf morgen. Aber der Ministerrat macht ja nicht einmal die Tür auf für den Einstieg in eine solche europäische Debatte.

**Welche Rolle spielt Berlin in dieser verfahrenen Lage?**

Am meisten gemauert haben die Briten und die neue niederländische Regierung. Der schwarz-gelben Bundesregierung muss man vorwerfen, dass sie sich nicht deutlich proeuropäischer positioniert. Man könnte sagen: Berlin freut sich, dass die Niederländer und Briten so starrsinnig sind.

Interview: Christian Holzgreve

Fenster schließen

Ausschnitt drucken